

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

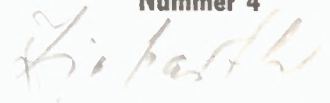
## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 23. Januar 1969

Nummer 4



### Zur Wirtschaftslage

#### Wirtschaftswachstum in der westlichen Welt von Zahlungsbilanzmaßnahmen nicht beeinträchtigt

Nach der internationalen Währungskrise Ende vergangenen Jahres hat sich gegenwärtig die Währungslage wieder beruhigt; jedoch ist insbesondere für die angelsächsischen Volkswirtschaften auch in diesem Jahr noch keine grundlegende Bereinigung ihrer Außenwirtschaftsschwierigkeiten abzusehen. Zudem werden die zahlungsbilanzstarken Länder ihre Überschussposition kaum hinreichend abbauen. Die tieferen Ursachen der Währungskrise sind damit nicht beseitigt.

Die von Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland verfolgte Wirtschaftspolitik zur Entspannung der Außenwirtschaftslage wird das wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt nicht nennenswert abschwächen. Die in den drei Ländern ergriffenen Maßnahmen werden sich vielmehr in ihren Auswirkungen auf die übrigen Volkswirtschaften etwa kompensieren. Für die westlichen Industrieländer insgesamt ist in diesem Jahr mit einem Wachstum des realen Sozialprodukts von rund 4 vH gegenüber 5 vH im Jahre 1968 zu rechnen. Wenn sich somit die weltwirtschaftliche Expansion vermutlich weniger abschwä-

chen wird als zunächst angenommen, dann vor allem deswegen, weil sich die Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten und Japan verbessert haben.

Eine Prognose der für das Jahr 1969 zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung in den *Vereinigten Staaten* stößt allerdings auf Schwierigkeiten, da eine Voraussage über das Sparverhalten der privaten Haushalte gegenwärtig mit größerer Unsicherheit als sonst behaftet ist. Die privaten Haushalte haben in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres — nach Einführung der Zusatz-Einkommensteuer — sehr viel weniger gespart als in der ersten Hälfte und im vorangegangenen Jahr. Das Sozialproduktwachstum hat sich daher im Laufe des Jahres 1968 nicht nennenswert abgeschwächt, wie zunächst erwartet worden war. Würde die Sparquote 1969 wieder auf das hohe Niveau von 1967 steigen, wäre ein stärkerer Konjunkturreinbruch zu befürchten. Rückwirkungen auf die Investitionsplanungen blieben dann nicht aus. Die Sparquote ist 1967 bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum jedoch überhöht gewesen; und es ist wahrschein-

lich, daß sich die Entwicklung des privaten Verbrauchs auch 1969 nicht stark verlangsamt und die Investitionsplanungen für dieses Jahr — sie lassen eine Beschleunigung des Investitionswachstums erhoffen — verwirklicht werden. Allerdings wird die sich zunehmend versteifende Geldpolitik in den Vereinigten Staaten vor allem die Bauinvestitionen beeinträchtigen.

Mit relativ großer Sicherheit ist schon heute zu sagen, daß die binnen- und außenwirtschaftlichen Ziele auch 1969 nicht gemeinsam erreicht werden. Schwächt sich die reale Expansion und damit auch der Lohn- und Preisauftrieb in diesem Jahr nur wenig ab, so bleibt die Zahlungsbilanz defizitär und die Kontrollen des Kapitalexports müssen aufrechterhalten werden. Verlangsamt sich dagegen das Wachstum in stärkerem Maße, so dürfte sich zwar die Zahlungsbilanzlage verbessern und die Kontrolle der Investitionen im Ausland könnte gelockert werden. Eine steigende Arbeitslosigkeit müßte dann aber in Kauf genommen werden.

Die Wirtschaftsentwicklung in *Großbritannien* gibt ein Beispiel dafür, daß selbst der massive Schritt einer Währungsabwertung nicht zu den erstrebten außen- und binnenwirtschaftlichen Zielen führt, wenn nicht zum richtigen Zeitpunkt und in ausreichendem Maße flankierende Maßnahmen ergriffen werden. Da die britische Regierung unmittelbar nach der Pfundabwertung die Binnennachfrage nur ungenügend zurückgestaut hat, ist die für die Zahlungsbilanzsanierung notwendige Umschichtung der britischen Wirtschaftsstruktur zum Export hin bis heute nicht gelungen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Defizit der britischen Zahlungsbilanz 1968 höher gewesen ist als der Passivsaldo des vorangegangenen Jahres, der zur Pfundabwertung gezwungen hatte.

Je mehr die — mit der Abwertung geschaffene — Wettbewerbsverbesserung durch Lohnkostensteigerungen verlorengeht, um so stärker muß die Binnennachfrage gedämpft werden, sollen die britischen Produzenten mehr als bisher in den Export gedrängt werden. *Großbritannien* kommt somit schon wieder in die unbefriedigende, als „englische Krankheit“ bezeichnete Lage, bei der die Binnen-

nachfrage so nachhaltig restringiert werden muß, daß das Produktionspotential nicht voll ausgelastet wird. Die Zahlungsbilanz wird in einer solchen Konstellation vor allem durch eine zurückhaltende Importentwicklung, kaum aber durch einen Exportaufschwung entlastet.

Auf die Dauer lassen sich die britischen Zahlungsbilanzprobleme nur lösen, wenn es den Exporteuren gelingt, in der Exportsteigerung der Ausdehnung des Welthandels zunächst voranzueilen und später, nachdem die notwendige Umschichtung der britischen Wirtschaftsstruktur gelungen ist, mit der Welthandelszunahme Schritt zu halten. Die britische Regierung hat im Anschluß an die internationale Währungskrise Ende vergangenen Jahres erneut steuerliche und kreditpolitische Maßnahmen zur Dämpfung des privaten Verbrauchs ergriffen. Da jedoch zu bezweifeln ist, daß diese Maßnahmen allein ausreichen werden, die britischen Unternehmer exportbewußter zu machen, stellt sich die Frage, ob nicht im Rahmen einer allgemeinen Neufestsetzung der Währungsparitäten eine weitere Paritätsänderung der britischen Währung in Erwägung gezogen werden sollte; sie müßte allerdings gleichzeitig durch flankierende Maßnahmen abgesichert werden.

Wie erwartet, haben in *Frankreich* die starken Lohnerhöhungen, die nach der Krise im Mai und Juni 1968 durchgesetzt worden sind, zu einem kräftigen Nachfragestoß geführt. Jedoch sind nicht nur die Ausgaben der privaten Haushalte beschleunigt gestiegen; auch die Investitionstätigkeit ist rege. Die privaten Unternehmer sahen sich einer raschen Expansion der Endnachfrage gegenüber und hatten somit Anreize, die Vorteile der investitionsfördernden Maßnahmen zu nutzen. Bei elastischem Güterangebot wurde ein Teil der Produktionsverluste vom Mai und Juni 1968 bereits bis zum Ende des vergangenen Jahres wieder aufgeholt: Die Industrieproduktion stieg trotz des erheblichen Rückgangs in den Wochen der Krise im Jahresergebnis 1968 gegenüber 1967 um schätzungsweise reichlich 2 vH.

Auch nach der Beruhigung der Franc-Krise im November 1968 nahm aber der französische Außen-

handel im Dezember mit einer Steigerung der Importe um 31 vH und der Exporte um 10,5 vH (im entsprechenden Vorjahrsvergleich) eine ungünstige Entwicklung. Wenn auch bei der starken Zunahme der Importe die Aufhebung der Importkontingentierung zum 1. Dezember 1968 und noch immer Nachholeffekte eine Rolle spielen, so dürfte sich in der hohen Zuwachsrate gleichfalls der Einfluß der außergewöhnlich raschen Expansion der inländischen Nachfrage bemerkbar machen. Die fiskalpolitischen Maßnahmen, die die Regierung im November 1968 beschlossen hat, haben zwar eine steuerliche Entlastung der Exporte und Belastung der Importe zur Folge. Die Preiseffekte dieser Veränderungen und damit die Wirkung auf die realen Außenhandelsströme dürften jedoch äußerst gering sein, zumal bei den Exporten die Steuererleichterung teilweise durch den Fortfall der Exportsubventionen zum 1. Februar 1969 kompensiert wird.

Eine größere Bedeutung für die Entwicklung der Importe haben jedoch die budget- und kreditpolitischen Maßnahmen zur Einschränkung der Expansion der inländischen Nachfrage. Für den Fall, daß die dadurch bedingte Reduzierung des Wirtschaftswachstums die Gefahr eines erneuten Ausbruchs sozialer Konflikte akut werden läßt, bliebe der Regierung kaum etwas anderes übrig, als anregende Maßnahmen zu ergreifen. Zwar reichen die vorhandenen Devisenreserven noch aus, um über einen längeren Zeitraum Importüberschüsse zu finanzieren, die sich dann wahrscheinlich einstellen würden. Eine neuerliche Spekulationswelle könnte jedoch ohne weitere internationale Stützungskredite kaum abgefangen werden. Das Ausland müßte dann nochmals bereit sein, solche Kredite zu gewähren, sollen der französischen Volkswirtschaft ohne Abwertung des Franc stärkere Wachstumsverluste erspart bleiben.

Mit der Jahreswende 1968/69 scheint sich in der *italienischen* Wirtschaft eine Phase der Lohnanpassung an das Wachstum der Gewinne anzubahnen. Gestützt durch die programmatischen Erklärungen der neuen Mitte-Links-Regierung sowie auf Vorleistungen der öffentlichen Unternehmen, haben die

Gewerkschaften einen intensiven Kampf um Lohn-erhöhungen, um die Beseitigung des regionalen Lohngefälles und zahlreiche andere Sozialreformen begonnen. Zwar ist die Mehrzahl der bereits durchgeführten oder angekündigten Streiks lokal begrenzt und knapp befristet, jedoch müssen in diesen Wochen nicht unerhebliche Einbußen an Arbeitsleistungen hingenommen werden. Da 1968 die gesamte Lohnsumme schwächer expandiert hat als das nominale Sozialprodukt, sollten die Unternehmer in der Lage sein, 1969 die auf sie zukommenden Lohnsteigerungen durch Verminderung der Gewinnmargen weitgehend aufzufangen. Vorausgesetzt ist allerdings, daß das Nachfragewachstum anhält und Produktivitätsfortschritte in der Größenordnung von 4 vH erzielt werden.

Der private Verbrauch hat 1968 um real 4,5 vH zugenommen, und es ist damit zu rechnen, daß sich seine Expansion verstärken wird. Auch die Anlageinvestitionen (1968: real + 8,5 vH) dürften unter dem Einfluß des seit August vorigen Jahres laufenden Konjunkturförderungsprogramms weiter expandieren; vornehmlich die Wohnungsbauinvestitionen werden gegenwärtig rasch ausgeweitet. Auch die Exporte weisen nach wie vor große Zuwachsraten auf; das extrem hohe Ergebnis kurz vor Jahresschluß (November 1968: + 33 vH im Vorjahrsvergleich) muß allerdings im Zusammenhang mit der Spekulation gegen den Franc und das Pfund gesehen werden. Das hohe November-Ergebnis der Importe (+ 20,8 vH) wird dagegen durch die Spekulation zugunsten der D-Mark bedingt sein. Als Folge der streikbedingten Produktionsausfälle dürften sich die Importe des laufenden Jahres gegenüber den recht niedrigen Zuwachsraten des Vorjahrs (etwa + 4,5 vH) spürbar erhöhen — mit der Folge, daß sich der Außenbeitrag zum Sozialprodukt verringern wird. Ebenso wie 1968 wird 1969 der öffentliche Verbrauch nur wenig zunehmen, da die Schwerpunkte der öffentlichen Ausgabenpolitik im Zusammenhang mit dem Konjunkturförderungsprogramm bei den Investitionen liegen. Nach den derzeitigen Entwicklungstendenzen zu urteilen, dürfte das reale Sozialproduktwachstum für 1969 auf 5 vH zu veranschlagen sein.

## Gesamtwirtschaftliches Wachstum der Bundesrepublik trotz außenwirtschaftlicher Absicherung unverändert

*Nicht mehr als zwei Monate sind vergangen, seitdem das DIW mit den „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1969“<sup>1</sup> seine Vorstellungen über den Wirtschaftsablauf im restlichen Teil des Jahres 1968 und in diesem Jahr der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Vollständig sind die statistischen Informationen für 1968 noch immer nicht; ein abschließendes Urteil ist bislang unmöglich. Indessen sind weitere Ergebnisse bekanntgeworden, die es als sicher erscheinen lassen, daß das Jahr 1968 mit einem noch besseren wirtschaftlichen Erfolg abgeschlossen hat, als es noch vor kurzem angenommen werden konnte.*

Die Produktions- und Umsatzergebnisse nur zweier weiterer Monate berechtigen dazu, die Zuwachsrate des nominalen Sozialprodukts für das ganze Jahr um ein volles Prozent zu erhöhen. Statt — wie damals vorausgeschätzt — um 8 vH hat dieses gesamtwirtschaftliche Aggregat nach den soeben veröffentlichten vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes um rund 9 vH zugenommen. Auch in realer Rechnung beträgt die Korrektur fast einen ganzen vH-Punkt.

Aus diesen Daten wird nichts anderes deutlich, als die kaum vorhersehbare Beschleunigung, mit der sich der konjunkturelle Prozeß gerade im letzten Jahresviertel noch einmal entwickelt hat. Mit diesen Daten sind gute Grundlagen auch für die Wirtschaftsentwicklung zumindest in den ersten Monaten dieses Jahres gelegt worden.

An Dramatik arm waren die letzten Monate auch in anderer Beziehung nicht. Die fortgesetzt hohen Ausfuhrüberschüsse der Bundesrepublik gaben bei zeitlicher Koinzidenz mit unverkennbaren außenwirtschaftlichen Schwäche- und Krisenerscheinungen in anderen Ländern der Spekulation Anlaß, auf eine unmittelbar bevorstehende Aufwertung der Deutschen Mark zu setzen. Diese Spekulation wurde enttäuscht: Die Bundesregierung zog es vor, die außenwirtschaftliche Absicherung auf anderem Wege, nämlich durch steuerliche Maßnahmen, zu versuchen.

Für den Wirtschaftsprognostiker war damit ein völlig neues Datum gesetzt: Bei einem Erfolg der Maßnahmen zur Einfuhrförderung und Ausfuhrerschwerung mußten erhebliche Nachfrageausfälle in Rechnung gestellt und darüber hinaus Revisionen bei der privaten Investitionsneigung sowie ein küh-

leres Klima für die bevorstehenden Lohnverhandlungen befürchtet werden. Kurz danach wurden jedoch flankierende Maßnahmen zu der außenwirtschaftlichen Absicherung beschlossen. Der Finanzplanungsrat empfahl den Gebietskörperschaften eine Revision der öffentlichen Ausgabenplanung. Die vorhersehbaren hohen und über die Ausgabenansätze weit hinausreichenden Einnahmenezuwächse des Bundes und der Länder sollten mit Rücksicht auf die Nachfrageabschwächung im außenwirtschaftlichen Bereich zur vorzeitigen Schuldentilgung nur begrenzt und zur Bildung eines Konjunkturausgleichsfonds überhaupt nicht verwendet, sondern vor allem für vermehrte öffentliche Ausgaben eingesetzt werden. Besonders die Investitionen der Gemeinden — seit langem Sorgenkind in jeder Konjunkturprognose — sollen über verstärkte Finanzzuweisungen der Länder von dieser gesteigerten Ausgabenbereitschaft profitieren.

Mit diesen schnellen Reaktionen ist die Wirtschaftspolitik einer der größten konjunkturellen Gefahren entgegengetreten: einem Vertrauensschwund in der Wirtschaft, der mit schwerwiegenden Folgen für die weitere Nachfrage- und Produktionsentwicklung verbunden sein würde. Offenbar war diese Aktion wirkungsvoll; denn die neuesten Testbefragungen zeigen, daß die Wirtschaft ihre Zukunft nach den Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung nur wenig verdunkelt sieht. Heute wird man glauben dürfen, daß im ganzen keine spürbaren Streichungen in den Investitionsplänen vorgenommen werden — abgesehen vielleicht von einigen besonders tangierten Branchen, die über Umfang und Form der an-

<sup>1</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 46/47, 1968.

gekündigten Stützungsmaßnahmen noch sehr im unklaren sind.

Die Hoffnung auf unverändert starke private Investitionsneigung wird außerdem gestützt durch die Erklärung der Deutschen Bundesbank, daß sie angesichts der preisdämpfenden Wirkungen der außenwirtschaftlichen Maßnahmen auf eine Änderung ihrer bisherigen Politik — etwa in restriktiver Richtung — verzichten könne. Gerade in den kaum von der Außenwirtschaft, dafür aber vom langfristigen Zins abhängigen Investitionsbereichen, z. B. der Wohnungswirtschaft, die erst spät Anschluß an das erneute Investitionswachstum gefunden hatten, braucht somit ebenfalls kein Einbruch im Investitionswillen befürchtet zu werden.

Versucht man, die neuen Informationen und die neuen Maßnahmen, die seit Abgabe der letzten Institutsprognose bekannt wurden, in eine revidierte Vorausschau auf dieses Jahr hineinzunehmen, so kann nach Abwägung aller Gesichtspunkte davon ausgegangen werden, daß der für Prognosen — und auch in der Wirklichkeit — labilste Nachfragebereich, die Ausrüstungsinvestitionen, grundsätzlich nicht anders als im November einzuschätzen ist. Berücksichtigt man jedoch, daß die Prognose jetzt wegen der höher als erwartet ausgefallenen Investitionstätigkeit im letzten Jahresviertel von einem konjunkturell höheren Niveau ausgeht, so ist für dieses Jahr mit einer etwas größeren Jahreszuwachsrate (+ 13 vH) zu rechnen.

Der private Verbrauch hat schon im letzten Jahresviertel 1968 unerwartet starke Impulse durch die Beschleunigung im Wachstum der Arbeitnehmereinkommen empfangen. Hierzu beigetragen hat vor allem die starke Expansion der Beschäftigung in der Industrie. Die früher für dieses Jahr angenommene jahresdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung wird zu einem erheblichen Teil bereits erreicht, wenn die Beschäftigung jetzt nicht mehr weiter wächst. Die jüngsten Ergebnisse finden ihren zahlenmäßigen Niederschlag viel weniger in der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsziffer von 1968 als in derjenigen dieses Jahres. Da kein Anlaß besteht, eine abrupte Beendigung dieser Expansionsbewegung zu unterstellen, wird selbst bei einer unveränderten Annahme über die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen infolge einer größeren Beschäftigungskomponente mit einer stärkeren Entwicklung der

verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten gerechnet werden dürfen. Bei im ganzen unveränderten Annahmen über die Entwicklung der Sozialeinkommen und die Entnahmen der Selbständigen sowie über die Sparquote rechnet das Institut gegenwärtig mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs in diesem Jahr um reichlich 7 vH.

Trotz der veröffentlichten Empfehlungen des Finanzplanungsrates vom 6. Dezember 1968 ist außer der fundierten Hoffnung, daß die öffentliche Finanzpolitik von ihrer vorher geplanten restriktiv wirkenden Tendenz abgehen wird, eine genauere Quantifizierung der tatsächlichen öffentlichen Ausgaben nach Höhe und Struktur mit erheblichen Unsicherheiten belastet. Selbst wenn die in den Etats dieses Jahres stehenden Ausgaben wie geplant eingesetzt werden, bleibt fraglich, ob dies auch mit den erheblichen aus dem Vorjahr übernommenen Haushaltsresten geschieht. Daneben ist die Regelung der Devisenausgleichszahlungen an die Alliierten und ihre haushaltsmäßige Behandlung noch völlig offen. Berührt sind von diesen Fragen sowohl die öffentlichen Investitionen als auch der öffentliche Verbrauch. Die Richtung, die man bei einer Revision der bisherigen Annahmen für beide Aggregate einzuschlagen hat, erscheint dennoch eindeutig: Sie weist nach oben, und zwar bei den öffentlichen Investitionen steiler als beim Staatsverbrauch. In die Vorausschätzung eingesetzt werden hier für diese beiden Aggregate jeweils 9 vH. Damit kann für die Bauinvestitionen insgesamt nun eine Zunahme um 7 vH erwartet werden. Die Expansion wird dabei getragen vom öffentlichen sowie vom gewerblichen Bau, während für den Wohnungsbau nach wie vor nur ein bescheidenes Wachstum in Aussicht steht<sup>2</sup>.

Für eine Prognose der außenwirtschaftlichen Veränderungen in diesem Jahr sind die letzten Informationen über die Außenhandelsergebnisse — sie reichen bis zum November 1968 — und die Entwicklung der Exportaufträge von zweifelhafter Aussagekraft. Gerade sie sind von den spekulativen Tendenzen im Oktober/November 1968 nicht unberührt geblieben, und auch die noch ausstehenden Dezember-Ergebnisse werden von ähnlichen Verhaltensweisen beeinflusst sein. Um der nach dem

<sup>2</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1969: „Die Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen in der Bundesrepublik 1968 und 1969“

Die Verwendung des Sozialprodukts 1965—1969<sup>1)</sup>

	in Mrd. DM					Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH				
	1965	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969	
									Grundlinien <sup>2)</sup>	Revidierte Schätzung
Zu jeweiligen Preisen										
Verbrauch . . . . .	325,4	350,4	362,0	380,6	409,4	7,7	3,3	5,1	7,0	7,6
privat . . . . .	255,7	274,9	281,4	297,0	318,3	7,5	2,4	5,5	6,7	7,2
öffentlich . . . . .	69,7	75,5	80,6	83,6	91,1	8,4	6,7	3,7	8,1	9,0
Anlageinvestitionen . . . . .	118,9	121,9	110,4	121,1	133,1	2,5	-9,4	9,7	8,3	9,9
Bauten . . . . .	60,7	64,3	58,2	63,7	68,2	5,9	-9,5	9,5	5,0	7,0
Ausrüstungen . . . . .	58,2	57,6	52,2	57,4	64,9	-1,0	-9,4	10,0	12,0	13,0
Vorratsinvestitionen . . . . .	9,0	2,0	-4,5	7,5	7,5	.	.	.	.	.
Außenbeitrag . . . . .	-0,6	6,5	16,0	18,0	13,5	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	91,4	103,0	111,3	125,8	135,7	12,7	8,0	13,1	8,3	7,9
Einfuhr . . . . .	92,0	96,5	95,3	107,8	122,2	4,9	-1,3	13,2	10,2	13,4
Bruttosozialprodukt . . . . .	452,7	480,8	483,9	527,2	563,5	6,2	0,6	8,9	6,6	6,9
Zu Preisen von 1954										
Verbrauch . . . . .	245,1	252,5	255,3	262,5	274,8	3,0	1,1	2,8	4,1	4,7
privat . . . . .	199,5	206,5	207,7	214,8	225,3	3,5	0,6	3,4	4,2	4,9
öffentlich . . . . .	46,6	46,0	47,6	47,7	49,5	1,0	3,4	0,2	3,9	3,8
Anlageinvestitionen . . . . .	85,2	85,4	79,1	85,2	93,0	0,2	-7,4	7,8	7,1	9,6
Bauten . . . . .	36,5	38,0	35,6	38,0	40,2	4,2	-6,4	6,9	3,3	6,7
Ausrüstungen . . . . .	48,7	47,4	43,5	47,2	52,8	-2,8	-8,2	8,5	10,1	11,8
Vorratsinvestitionen . . . . .	8,2	1,8	-3,8	6,5	6,8	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	83,2	92,2	100,9	116,7	123,3	10,8	9,5	15,6	7,8	5,7
Einfuhr . . . . .	96,0	98,6	98,2	114,7	128,3	2,7	-0,4	16,8	9,6	11,9
Bruttosozialprodukt . . . . .	325,7	333,3	333,3	356,2	369,6	2,3	0,0	6,9	3,9	3,8
Preisindizes (1954 = 100)										
Privater Verbrauch . . . . .	128,2	133,1	135,5	138,3	141,3	3,8	1,8	2,1	2,4	2,2
Inländische Verwendung . . . . .	133,9	139,6	141,6	143,8	146,8	4,3	1,4	1,6	2,4	2,1
Bruttosozialprodukt . . . . .	139,0	144,3	145,2	148,0	152,5	3,7	0,6	1,9	2,6	3,0

<sup>1)</sup> Bis einschl. 1968 nach Angaben des Statist. Bundesamtes, 1969 Prognose des DIW. — <sup>2)</sup> Wochenbericht des DIW, Nr. 46/47 vom 14. Nov. 1968.

23. Dezember wirksam gewordenen Exportsondersteuer zu entgehen, ist kurzfristig geordert und außerdem versucht worden, so viele Exporte wie möglich noch vor diesem Termin abzuwickeln. Die Daten der Jahresendmonate sind daher auf jeden Fall übersteigert. Inwieweit sie eine mit der kräftigen Belebung der Inlandsnachfrage sicherlich einhergehende Tendenz zum Abbau der hohen deutschen Ausfuhrüberschüsse überdecken, lassen sie nicht erkennen. Deutlich ist allein die starke Steigerung der Einfuhrtätigkeit, die im letzten Jahresviertel abermals zu einer im Vorjahresvergleich berechneten Wachstumsrate von etwa 17 vH geführt haben dürfte. In diesem Jahr wird sich diese über die Expansion der Inlandsnachfrage hinausgehende Erhöhung — unter Berücksichtigung der gewährten Einfuhrerleichterungen und der vermehrten Exportanreize in anderen Ländern — fortsetzen

und um so stärker sein, je mehr die Binnennachfrage zunimmt.

Beim Export ist als Reaktion auf im alten Jahre vorweggenommene Lieferungen mit einer entsprechenden Minderung des sonst zu projizierenden Ausfuhrvolumens zu rechnen. Es ist zu erwarten, daß sich die Exportsondersteuer zunächst wenig, im Zeitverlauf aber zunehmend auf die Ausfuhrpreise und damit auf das tatsächliche Exportvolumen auswirkt. Von der in diesem Jahr stärkeren Auslastung der Produktionskapazitäten ist dagegen keine ins Gewicht fallende Dämpfung der Ausfuhr-tätigkeit zu erhoffen: Auch 1965, dem letzten Jahr der Hochkonjunktur vor der Rezession, hat die Ausfuhr von Waren und Diensten zusammen noch um über 9 vH, real um fast 8 vH zugenommen. Eine hohe Beanspruchung des Produktionspotentials

Bruttoeinkommensverteilung 1965—1969<sup>1)</sup>

	in Mrd. DM					Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH				
	1965	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969	
									Grundlinien <sup>2)</sup>	Revidierte Schätzung
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . .	225,8	243,0	243,4	260,7	282,5	7,6	0,2	7,1	8,2	8,4
Bruttolöhne . . . . .	202,7	217,5	217,5	232,0	251,0	7,3	0,0	6,7	8,0	8,2
Nettolöhne . . . . .	168,2	178,3	177,5	186,5	200,0	6,0	-0,4	5,1	6,9	7,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen . .	119,6	121,8	118,7	139,5	139,2	1,8	-2,5	17,6	-0,9	-0,2
Nettogewinne . . . . .	78,7	79,3	76,7	94,1	91,8	0,8	-3,3	22,7	-2,6	-2,4
unverteilt . . . . .	14,0	11,3	8,6	19,5	11,4	.	.	.	.	.
verteilt . . . . .	64,7	68,0	68,1	74,6	80,4	5,1	0,1	9,5	6,2	7,8
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen . . . . .	60,2	63,8	66,6	67,4	76,8	6,1	4,4	1,1	14,1	13,9
Abschreibungen . . . . .	47,1	52,2	55,2	59,6	65,0	10,9	5,7	7,9	8,5	9,0
Bruttosozialprodukt . . . . .	452,7	480,8	483,9	527,2	563,5	6,2	0,6	8,9	6,6	6,9

<sup>1)</sup> Bis einschließlich 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, 1969 Prognose des DIW. — <sup>2)</sup> Wochenbericht des DIW, Nr. 46/47 vom 14. Nov. 1968.

wird jedoch zu einer stärkeren Überwälzung der Exportsondersteuer im Preis der Ausfuhr Güter führen und entsprechend exportdämpfend wirken. Die Ausfuhren werden aber vermutlich weiter kräftig — wenn auch verlangsamt und schwächer als die Einfuhren — steigen; der Außenbeitrag wird sich gegenüber dem absoluten Rekord des Jahres 1968 (+ 18 Mrd. DM) stärker als früher in die Prognose eingesetzt vermindern, aber mit über 13 Mrd. DM noch immer problematisch bleiben.

Zusammen mit einer erneuten kräftigen Zunahme der Vorräte, die durch die Auffüllung der am Jahresende durch vorgezogene Exportlieferungen verminderten Bestände zusätzliche Impulse erhält, kann für das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr ein Wert von fast 564 Mrd. DM vorausberechnet werden. Es wird damit gegenüber 1968 um rund 7 vH zunehmen. Real ergibt sich ein Wachstum des Sozialprodukts von etwa 4 vH. In der Verwendungsstruktur des nominalen Sozialprodukts zeigen sich die 1968 schon sichtbaren Tendenzen zu einer „Normalisierung“ deutlich. Vor allem die in der Rezession so sehr gekürzte und auch 1968 niedrige Investitionsquote steigt nun erheblich. Sie bleibt aber immer noch unter dem vor der Rezession erzielten Niveau. Anteilsverluste ergeben sich vor allem beim Außenbeitrag; die inländische Güterverwendung wächst also stärker als das Sozialprodukt.

Die Umschichtungen in der Verwendungsstruktur sind nicht mit erneuten gleichgerichteten Änderungen in der Struktur der den Verwendungsbereichen

schwerpunktmäßig zuzuordnenden funktionalen Einkommensbereiche verbunden. In der Einkommensverteilung fällt besonders die Stagnation der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit auf; in der Teilgröße der unverteilteten Nettogewinne ist sogar ein erheblicher Rückgang gegenüber 1968 zu erwarten. Beide Tendenzen sind einmal im Zusammenhang mit den Erstattungen für Altvorräte im vergangenen Jahr zu sehen. Rund 4,5 Mrd. DM sind hierfür den Unternehmen 1968 zusätzlich zugeflossen. Zum anderen erfolgt in der jetzigen Konjunkturphase die Anpassung der übrigen Einkommensbereiche an den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstand, nachdem im vergangenen Jahr die Gewinne weit überproportional von der Konjunkturbelebungsphase profitiert hatten. Auf der Finanzierungsseite der Investitionen führt dieser Anpassungsprozeß im Bereich der Einkommensverteilung zu einem erhöhten Anteil der fremden Mittel. Die Fremdfinanzierungsquote der Bruttoinvestitionen im Unternehmensbereich, die 1966 noch 30 vH betragen hatte, fiel 1967 auf 14 vH und betrug auch 1968 nur 16 vH. Sie wird sich 1969 auf etwa 25 vH vergrößern, damit aber noch keine Höhe erreichen, die negative Rückwirkungen auf die Investitionsneigung der Wirtschaft wahrscheinlich macht.

Alle diejenigen, die von den Maßnahmen der Regierung zur außenwirtschaftlichen Absicherung neben einem Abbau der Ausfuhrüberschüsse auch eine entscheidende Dämpfung des am Preisindex des Sozialprodukts gemessenen Preisauftriebs erwartet hatten, werden über die Differenz zwischen nominaler und realer Zuwachsrates des Sozialpro-

dukts (3 vH) erschrecken. Sie vergessen dabei, daß es Sinn und Ziel der Absicherungsmaßnahmen ist, den Export zu verteuern, eine Wirkung, die selbstverständlich in den „Deflationierungsfaktor“ des Sozialprodukts eingeht. Die steuerliche Entlastung der Einfuhr läßt dagegen den Index der Einfuhrpreise (frei deutscher Grenze) unberührt, sofern die ausländischen Lieferanten ihre Preise halten. Sicherlich wird aber die Kostenminderung von den Importeuren nicht voll an die Verbrauchsstufe weitergegeben, und in diesem Umfang wirkt die Steuerentlastung nicht preissenkend auf die Endverwendung. Darüber hinaus schließen das größere Volumen der Exporte und die Ausnahmen von der steuerlichen Einfuhrentlastung aus, daß sich die Preiseffekte der steuerlichen Maßnahmen kompensieren.

Erhöhend auf den Deflationierungsfaktor des Sozialprodukts wirken vor allem auch die mit dem günstigen Verlauf der Konjunktur verbundenen Einkommensanpassungen in den meisten Dienstleistungsbereichen; ebenso die Mehrbelastungen, die mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Juli 1968 verbunden waren. Diese Nachwirkungen der Mehrwertsteuer sind nur ein Teil der Preiseffekte, die sich aus der gewollten Einkommensumverteilung zugunsten des Staates in diesem Jahr ergeben. Im übrigen zeigt gerade die Erfahrung der letzten Zeit, daß die verbreiteten Vorstellungen über eine zu tolerierende „relative“ Preisstabilität überholungsbedürftig sind: Selbst in der Rezession (1967) ist der Preisindex des privaten Verbrauchs noch um fast 2 vH gestiegen — trotz gleichzeitig sinkender Nahrungsmittelpreise. Die

bekanntem und schon seit Jahren anhaltenden Erhöhungen der Mieten spielen hierbei eine vom konjunkturellen Wechsel unabhängige Rolle. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts blieb selbst in der Phase stagnierenden Einkommens nur kurze Zeit konstant. Tendenziell preissenkend wirkt die außenwirtschaftliche Absicherung jedoch auf die inländischen Verwendungsbereiche des Bruttosozialprodukts. In dem Maße, in dem die steuerliche Einfuhrentlastung an diese Bereiche weitergegeben wird, steigt deren Preisindex jetzt schwächer. Die gesamte inländische Verwendung dürfte sich um einen vH-Punkt weniger verteuern als das Bruttosozialprodukt.

Es wäre somit falsch, versuchte die Wirtschaftspolitik angesichts der jetzt bekannt werdenden Informationen über die Preisentwicklung — der Lebenshaltungskostenindex lag im Dezember 1968 um 2,7 vH über dem Vorjahrsstand — die vom Finanzplanungsrat empfohlenen expansiven Maßnahmen zu unterbinden. Die Kapazitäten der westdeutschen Wirtschaft lassen 1969 auf alle Fälle eine stärkere Expansion zu, als sie — ausgehend von den Nachfragetendenzen — hier vorausgeschätzt wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Zeit waren darauf gerichtet, den Expansionsprozeß auch strukturell in die notwendige und erwünschte Richtung zu lenken. Diese Absicht sollte keinesfalls aufgegeben werden, wenn sich zeigen sollte, daß dabei häufig gehegte — illusorische — Vorstellungen über die Entwicklung bestimmter Preisindizes nicht mit verwirklicht werden.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170  
Tel.: (0311) 76 10 33 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,  
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der  
Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

*Wirtschaftswachstum in der westlichen Welt* bearbeitet von Ellen Engelke und Manfred Teschner. — *Gesamtwirtschaftliches Wachstum der Bundesrepublik* bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 38, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—